



Bundesministerium
für Ernährung
und Landwirtschaft

100 Tage Bilanz

der Bundesministerin für Ernährung und Landwirtschaft,
Julia Klöckner

Forschung

Europäische Zusammenarbeit

Digitalisierung

Gesunde Nahrungsmittel

Klima- und Umweltschutz

Lebensmittelwertschätzung

Mehr Tierwohl

Bürokratieabbau

Qualitätssicherung Standortsicherung

Reduktion von Pflanzenschutzmitteln

Ertragssicherung

Krisenabsicherung

Attraktivität des Berufsstandes

Bienen- und Insektenschutz

Bodenschutz

Gleichwertige Lebensverhältnisse

Nachhaltigkeit

Wettbewerbsfähigkeit

100 Tage Bilanz

der Bundesministerin für Ernährung und Landwirtschaft, Julia Klöckner

Das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft ist das **Lebensministerium**: Kein anderes Bundesressort ist so nah an den Alltagsthemen der Menschen: Essen, Trinken, Mensch, Tier, Umwelt, Boden, Wald, Meer, Klima, Ressourcen, ländliche Räume – mit diesen Themen beschäftigt sich das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft. In den ersten 100 Tagen haben wir in vielen Bereichen die **Weichen gestellt**, um bis zum Ende der Legislaturperiode wichtige Ziele in der Ernährungs- und Landwirtschaftspolitik zu erreichen.

Unsere Ziele:

- Wir wollen, dass eine **flächendeckende, bäuerliche, moderne und vielfältige Landwirtschaft** in Deutschland und Europa Zukunft hat und wettbewerbsfähig ist, dass die junge Generation Lust auf und Freude an den Grünen Berufen hat. Dazu gehören Ertrags Sicherungen, die im Einklang mit den gesellschaftlichen Anforderungen an **Umwelt-, Klima- und Tierschutz** sind.
- Wir wollen die Weiterentwicklung der **Gemeinsamen Europäischen Fischerei- und Agrarpolitik** im Sinne eines wichtigen Integrations- und Einigungsinstrumentes der Europäischen Union begleiten und unterstützen.
- Ackerbau, Gemüse- und Obstanbau, Weinbau, Ernährung, Forstwirtschaft, Fischerei, Tierhaltung, Bioenergie, nachwachsende Rohstoffe: Wir setzen auf **Wissenschaft und Forschung**, auf Anwendung moderner, verträglicher Technologien und auf **vernetzte Digitalisierung**.
- Wir wollen das **Tierwohl** verbessern und so **Vorreiter in Europa** werden.
- Wir wollen **gesunde Ernährung** zur Selbstverständlichkeit machen – mit erkennbar gesunden Lebensmitteln, mit klaren, wissenschaftsbasierten Empfehlungen und Informationen von der Schwangerschaft bis ins hohe Alter.
- Wir wollen **negative Umweltwirkungen des Agrar- und Ernährungssektors verringern**, Landwirtschaft und Umwelt zusammenführen und gemeinsam eine gesellschaftlich verankerte, nachhaltige Land- und Waldwirtschaft gestalten.
- Wir wollen die **Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse** auf dem Land und in der Stadt gewährleisten und auch ländliche Regionen zu echten Kraftzentren unseres Landes machen.

Lebensmittel wertschätzen, Ressourcen schonen, Maßnahmen gegen Lebensmittelverschwendung

Problemstellung/Fakten:

- Industrie, Handel, Großverbraucher und Privathaushalte in Deutschland entsorgen jährlich elf Millionen Tonnen Lebensmittel.

Das sind unsere Ziele:

- Halbierung der Lebensmittelabfälle in Deutschland bis zum Jahr 2030 (gemeinsames Ziel der Vereinten Nationen).
- Steigerung der Wertschätzung für Lebensmittel und ihrer Produzenten.

Das haben wir erreicht:

- Etablierung und Verleihung des Bundespreises für Engagement gegen Lebensmittelverschwendung.
- Erweiterung um die Kategorie Digitalisierung („intelligente Verpackungen“) für die nächste Preisverleihung.
- Die Informationskampagne „Zu gut für die Tonne!“ hat die Menschen erreicht: Laut Ernährungsreport kaufen circa 60 Prozent der Verbraucher bereits bewusster ein.
- Die Beste-Reste-App ist eine der erfolgreichsten Apps der Bundesregierung: Sie wurde bereits über 800.000 Mal heruntergeladen.
- Forschung an intelligenten Verpackungen auf den Weg gebracht, zum Beispiel Projekt zur Entwicklung eines intelligenten Verpackungssystems zur sensorgestützten Prognose des tatsächlichen Verfallsdatums von Lebensmitteln und zur Entwicklung einer Sensorverpackung zur Frischekontrolle von Fleisch und Fisch.

Das sind die nächsten Schritte:

- Bündelung aller nationalen Aktivitäten zur Reduzierung von Lebensmittelabfällen und Lebensmittelverlusten in einer nationalen Strategie.
- Weiterführung der Forschung an intelligenten Verpackungen.
- Aktualisierung der Initiative „Zu gut für die Tonne!“ und Weiterentwicklung zur Dachmarke der Nationalen Strategie zur Reduzierung der Lebensmittelverschwendung.

Gesunde Ernährung für Kinder und Senioren

Verpflegung in KiTa und Schule

Problemstellung/Fakten:

- Die Zahl der Kinder, die mittags in der Kita verpflegt wird, hat sich in den vergangenen zehn Jahren nahezu verdoppelt.
- Die Schul- und Kitaverpflegung bietet die Chance, alle Kinder zu erreichen, unabhängig von Herkunft oder Geldbeutel der Eltern.
- Ernährungsbildung und gutes Schul- und KiTa-Essen sind bisher noch zu wenig miteinander verknüpft.

Das sind unsere Ziele:

- Flächendeckender Einsatz von Ernährungsbildungsmodulen (wie z.B. Ernährungsführerschein).
- Mehr ernährungsbezogene Fortbildung von KiTa-Personal und Lehrkräften.
- Stärkere Verknüpfung von KiTa- und Schulessen mit der Ernährungsbildung.
- Die etablierten Qualitätsstandards der Deutschen Gesellschaft für Ernährung in der Breite zur Anwendung bringen.
- Intensivierung der Grundlagenforschung im Bereich Kinder- und Jugendernährung.

Das haben wir erreicht:

- Haushaltsentwurf sieht vor: Verdopplung der Mittel für die Vernetzungsstellen KiTa- und Schulverpflegung in den Bundesländern und den Ausbau des Nationalen Qualitätszentrums für Ernährung in KiTa und Schule.
- Einrichtung eines Instituts für Kinderernährung am Max Rubner-Institut.
- 19. April 2018: Start der bundesweiten „Tage der KiTa-Verpflegung“ in Baden-Württemberg. Durchführung bis zum November 2018 in zehn Bundesländern mit Fachvorträgen, Workshops und Seminaren zu gesunder und ausgewogener Ernährung in Kitas.

Das sind die nächsten Schritte:

- Anfang September 2018: Start der bundesweiten Tage der Schulverpflegung in Polch (Rheinland-Pfalz).
- Anfang November 2018: Bundeskongress Schulverpflegung in Berlin.
- Bis Ende 2018: Vorlage der Ergebnisse der Studie zur Situation der Ernährungsbildung in Deutschland

Seniorenernährung – neuer Fokus

Problemstellung/Fakten:

- Im Jahr 2050 gehört jeder Dritte zur Generation 60 plus. Mit einem weiter steigenden Durchschnittsalter der Bevölkerung wird es immer wichtiger, auch die besonderen Bedürfnisse von Senioren bei der Ernährung zu betrachten.
- Ältere Menschen haben spezifische Bedürfnisse, denen noch nicht ausreichend Rechnung getragen wird.

- Der Zusammenhang von Krankheiten wie Demenz und Ernährung ist noch zu wenig erforscht.

Das sind unsere Ziele:

- Wir wollen das Ernährungsthema stärker nach den Lebens- und Altersphasen der Bürger in den Blick nehmen:
 - Verbesserung der Ernährungskompetenzen von älteren Menschen. Dazu sind Multiplikatoren nötig.
 - Verbesserung der Verpflegungsqualität in Einrichtungen und von Essen auf Rädern durch flächendeckende Umsetzung der Qualitätsstandards.
- Um all dies zu erreichen, sollen Vernetzungsstellen für die Seniorenernährung in den Ländern eingerichtet werden.
- Verstärkte Erforschung der Zusammenhänge von Krankheiten und der Ernährung.

Das haben wir erreicht:

- Projektstart „Im Alter IN FORM – Gesunde Ernährung, mehr Bewegung, aktive Teilnahme in Kommunen fördern“ gemeinsam mit der Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen.
- Vorlage eines Haushaltsentwurfs in Höhe von 1,65 Millionen Euro für die Ausbildung von Multiplikatoren und Senioren innerhalb von drei Jahren, die als Botschafter für gesunde Ernährung im Alter tätig sind.

Das sind die nächsten Schritte:

- Ausbau der Ernährungsforschung in diesem Bereich.
- Schulungen von Multiplikatoren für die Ernährungsberatung.
- Beratung von Anbietern in der Gemeinschaftsverpflegung in Senioreneinrichtungen.
- Einbindung der Länder zur bundesweiten Einrichtung von Vernetzungsstellen für Seniorenernährung, nach dem Beispiel der Vernetzungsstellen Schulverpflegung.
- Einbeziehung der Bundes- und Landesseniorenvertretungen sowie Sozialverbänden zur Definition weiterer Schwerpunkte.

Reduktions- und Innovationsstrategie für weniger Zucker, Fett und Salz in Fertigprodukten

Problemstellung/Fakten:

- Rund 47 Prozent der Frauen und 62 Prozent der Männer sind in Deutschland übergewichtig.
- Fast ein Fünftel der Erwachsenen in Deutschland ist adipös: 18 Prozent der Frauen und 18,3 Prozent der Männer.
- 15,4 Prozent der Kinder sind übergewichtig, 5,9 Prozent sind adipös.
- Mindestens zehn Prozent der gesamten Gesundheitskosten werden durch die Folgekrankheiten von Übergewicht verursacht.

Das sind unsere Ziele:

- Eine gesunde Ernährung im Lebensalltag der Menschen erleichtern.
- Durch eine Nationale Reduktions- und Innovationsstrategie Zucker, Fett und Salz in verarbeiteten Lebensmitteln und Fertigprodukten und damit die Gesamtkalorienzahl zu reduzieren.
- Die Angaben auf den Nahrungsmitteln sollen leicht verständlich, klar und wahr sein – vor allem bei Portionsgrößen.

Das haben wir erreicht:

- 25. April 2018: Verbändegespräch mit der Ernährungsindustrie, Wirtschafts- und Verbraucherschutzverbänden. Ergebnis:
 - Ausweitung der Reduktionsstrategie zu einer Nationalen Reduktions- und Innovationsstrategie.
 - Vereinbarung konkreter Arbeitspakete mit besonderem Fokus auf Kinderlebensmitteln, Zuckerreduktion in Erfrischungsgetränken, Abbau von Salzspitzen und Unterstützung des Handwerks auf diesem Weg.
 - Zusage der Ernährungsindustrie bis Anfang Juli 2018 weitere Vorschläge vorzulegen.

Das sind die nächsten Schritte:

- Anfang Juli: Erneutes Treffen mit Ernährungsindustrie, Wirtschafts- und Verbraucherschutzverbänden zur Erörterung der Vorschläge aus der Wirtschaft.
- Bis Ende des Jahres: Vorlegen eines Konzepts für eine Nationale Reduktions- und Innovationsstrategie für Zucker, Fette und Salz in Fertigprodukten.
- Bis Sommer 2019: Erarbeitung eines Konzepts für ein leichter verständliches Nährwertkennzeichnungssystem.

Nachhaltige, moderne Landwirtschaft

Bienen- und Insektenschutz

Problemstellung/Fakten:

- Ernste Hinweise aus der Wissenschaft zum Insektensterben.
- Die Landwirtschaft ist auf die Bestäubungsleistung der Bienen – rund zwei Milliarden Euro pro Jahr in Deutschland – angewiesen.

Das sind unsere Ziele:

- Verbesserung der Lebensbedingungen von Insekten: Bienen sind systemrelevant.
- Öffentliche Flächen zu „Bienen-Buffets“ machen.
- Wissenschaftlich begleitetes Insektenmonitoring.

Das haben wir erreicht:

- Verbot der Anwendung bienenschädlicher Neonikotinoide im Freiland.
- Unterzeichnung eines deutsch-slowenischen Bienenabkommens im Rahmen des ersten Weltbienentages:
 - Förderung des wissenschaftlichen Austauschs.
 - Unterstützung der Entwicklung gemeinsamer Forschungsprojekte.
 - Intensivierung der wissenschaftlichen Zusammenarbeit im Imkerbereich.
 - Gemeinsames Vorgehen bei Verhandlungen zur Gemeinsamen Agrarpolitik nach 2020, um bienenfreundliche Maßnahmen noch effizienter zu fördern.
- Bundesweite Kampagne zum Bienenfüttern mit Unterstützung von Verbänden, Wirtschaft, Landwirtschaft und Prominenten.
- Intensivierung der Forschung im Bereich Insektenschutz im Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft: Dafür sind erstmalig zusätzlich 5 Millionen Euro bereitgestellt (bei der Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe).
- Vorantreiben der Konzepte zum Monitoring und zur Förderung der Biologischen Vielfalt in der Agrarlandschaft in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Umwelt und Naturschutz.
- Förderung von Landwirten, die insektenfreundliche Pflanzen aussäen (Blühstreifen).
- Verankerung des Vertragsnaturschutzes im Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) seit 2018, sodass hier Schutz und Wiederherstellung von Lebensräumen und Lebensstätten wildlebender Tier- und Pflanzenarten in der Agrarlandschaft gefördert werden können.

Das sind die nächsten Schritte:

- Förderung des wissenschaftlichen Austausches.
- Unterstützung und Entwicklung gemeinsamer Forschungsprojekte und Wissenstransfer.
- Monitoring der landwirtschaftlichen biologischen Vielfalt in der Agrarlandschaft, einschließlich Insekten.
- Entwicklung einer umfassenden Ackerbaustrategie bis Herbst 2019.

Pflanzenschutzmittel

Problemstellung/Fakten:

- Bei der überwiegenden Mehrheit der Kulturen und Fruchtarten sind Pflanzenschutzmaßnahmen notwendig, um Pflanzen vor Schädlingen zu schützen und Erträge zu sichern.
- Die Wissenschaft sieht bei manchen Pflanzenschutzmitteln eine Gefährdung der biologischen Vielfalt.

Das sind unsere Ziele:

- Reduzierung des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln, unter anderem durch Präzisionslandwirtschaft (Nutzung der Digitalisierung).
- Verminderung der Anwendung von Glyphosat.
- Entwicklung von alternativen Pflanzenschutzverfahren.
- Grundlage für die Entscheidungen des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft sind die Erkenntnisse aus Wissenschaft und Forschung.

Das haben wir erreicht:

- 17. April 2018: Vorstellung der Reduktionsstrategie für Glyphosat (im Rahmen der europarechtlichen Möglichkeiten).
- Verordnungsentwurf ist in der Ressortabstimmung.
 - Verbot von Glyphosat für Hobby-Gärtner.
 - Verbot der Anwendung auf Flächen wie Parks und Sportstätten, in Naturschutzgebieten und in der Nähe von Gewässern.
 - Auf landwirtschaftlichen Flächen ist die Anwendung von Glyphosat an strikte Auflagen gebunden.
- Verstärkung der Forschung in den Bundesforschungsinstituten (Ressortforschung) ist im Haushaltsentwurf 2018 vorgesehen.

Das sind die nächsten Schritte:

- Intensivierung der Forschung zu nicht-chemischen Pflanzenschutzverfahren.
- Förderung digitaler Techniken und Präzisionsanwendungen zur Reduzierung des Pflanzenschutzmitteleinsatzes.

Mehr Tierwohl

Problemstellung/Fakten:

- 90 Prozent der Verbraucher sind laut Ernährungsreport 2018 bereit, mehr Geld für Tierwohl auszugeben.
- Knapp 80 Prozent sprechen sich für eine staatliche Kennzeichnung aus.

Das sind unsere Ziele:

- Einführung einer nationalen Tierwohlkennzeichnung.
- Breite Marktdurchdringung, mithilfe staatlicher Unterstützung.
- Sicherung der landwirtschaftlichen und von der Bevölkerung akzeptierten Tierhaltung in Deutschland.
- Mögliche Erweiterung der nationalen Kennzeichnung hin zu einer europaweit verpflichtenden Herkunftskennzeichnung.
- Beenden des Tötens von Eintagsküken bis zur Mitte der Legislaturperiode.

Das haben wir erreicht:

- Erstellen eines Gesetzentwurfs für eine dreistufige Kennzeichnung.
- Strategiegelgespräche mit Tierhaltern und Tierschutzverbänden und Verbrauchervertretern, Vereinbarung der Zusammenarbeit.
- Anfang Juni: Start der Ressortabstimmung.
- 18. Juni 2018: Einleitung der Länder- und Verbändeanhörung.

Das sind die nächsten Schritte:

- Einbringen des Gesetzentwurfs ins Kabinett.
- Erstellen einer Verordnung mit den konkreten Kriterien für eine Tierwohlkennzeichnung.
- Start einer bundesweiten Informationskampagne.
- Intensivierung der Forschung für mehr Tierwohl und Alternativen zu Tierversuchen.

Risikovorsorge bei Tierseuchen stärken

Problemstellung/Fakten:

- Die Afrikanische Schweinepest (ASP) ist eine schwere Virusinfektion, die tödlich für Wild- und Hausschweine ist.
- Es besteht die Gefahr, dass die Seuche aus den betroffenen Ländern in weitere Länder eingeschleppt wird.
- Eine Einschleppung der ASP nach Deutschland würde neben den Auswirkungen für die Tiere auch schwere wirtschaftliche Folgen mit sich bringen.

Das sind unsere Ziele:

- Verhinderung der Einschleppung der ASP nach Deutschland.
- Schutz der Tiergesundheit und Abwehr von wirtschaftlichem Schaden für die deutschen Landwirtschaftsbetriebe.

Das haben wir erreicht:

- 6. Juni 2018: Kabinettsbeschluss zur Änderung des Tiergesundheitsgesetzes und Bundesjagdgesetzes, um im Falle des Ausbruchs die Verbreitung von ASP effektiv verhindern zu können.
- Nationale Informationskampagne, um insbesondere LKW-Fahrer, Jäger und Erntehelfer im Grenzgebiet zu sensibilisieren.
- Internationales Krisenmanagement mit gemeinsamer Simulations-Übung von Deutschland und Polen, um Maßnahmen bei Ausbruch abzustimmen.

Das sind die nächsten Schritte:

- Ständige Überprüfung der Reaktionsfähigkeit für den Fall eines Ausbruchs.
- Intensive Weiterführung der Informationsmaßnahmen, gerade in der beginnenden Reisezeit.
- Fortführung der Verhandlungen auf internationaler Ebene zur Schadensbegrenzung im Fall des Seuchenausbruchs.

Weiterentwicklung der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik

Problemstellung/Fakten:

- Kritik an den Vorschlägen zur Ausgestaltung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) nach 2020:
 - Zu bürokratisch, keine Vereinfachung.
 - Zu wenig nationale Spielräume bei Kappung und Degression.
 - Verpflichtende Kappung mit Anrechnung von Löhnen unverhältnismäßig aufwändig.
 - Mittelausstattung insgesamt zu gering, damit Landwirte den hohen Anforderungen (Tierwohl, Umweltschutz) gerecht werden können.

Das sind unsere Ziele:

- Sicherstellen der finanziellen Ausstattung der GAP.
- Nationale Spielräume bei Kappung und Degression.
- Dem Subsidiaritätsprinzip besser Rechnung tragen, um unterschiedlichen Strukturen in den Mitgliedstaaten gerecht zu werden.
- Entlastung der Landwirte von Bürokratie.
- Flexibilisierung der Umverteilungsprämie, das heißt kleinere und mittlere Betriebe besser fördern.
- Die 2. Säule muss ein wichtiges Instrument bleiben, um die vielfältigen Ziele der GAP zu erreichen:
 - die Wettbewerbsfähigkeit landwirtschaftlicher Betriebe zu steigern,
 - die nachhaltige landwirtschaftliche Produktion zu fördern und
 - eine positive wirtschaftliche Entwicklung der ländlichen Räume.

Das haben wir erreicht:

- Geringere Mittelkürzungen als ursprünglich geplant.
- Verlässlichkeit in der Grundstruktur der EU-Agrarpolitik durch Erhalt der 1. Und 2. Säule.
- Umweltleistungen werden stärker gefördert.

Das sind die nächsten Schritte:

- Intensive Diskussionen über die Vorschläge zur Durchsetzung der oben genannten Ziele, Runden mit den Ländervertretern.
- 10. Juli 2018: Treffen mit Landwirtschaftsministern von Bund und Ländern mit EU-Kommissaren.

Internationale Agrarbeziehungen

Agrarhandel –

Unterstützung kleiner und mittelständischer Unternehmen

Problemstellung/Fakten:

- In Deutschland arbeiten 5 Millionen Menschen in der Agrar- und Ernährungsbranche. Das sind 13 Prozent aller Erwerbstätigen etc.
- Der Absatzmarkt in Deutschland ist allerdings begrenzt.
- In Zukunft wird es aufgrund des Bevölkerungswachstums und der Auswirkungen des Klimawandels mehr Länder und Regionen geben, die auf Importe angewiesen sind.
- Nationale Abschottung ist das Gegenteil von gemeinsamen Handel, Handelsabkommen werden immer öfter in Frage gestellt - wer Handel miteinander betreibt, bleibt aber im Gespräch und vertrauensvollen Miteinander

Das sind unsere Ziele:

- Gute Rahmenbedingungen für offene Märkte und verlässliche Regeln im internationalen Handel.
- Abbau von Handelshemmnissen durch bilaterale und multilaterale Vereinbarungen.
- Harmonisierung von veterinärrechtlichen, phytosanitären und technischen Standards auf internationaler Ebene.
- Ausbau der Exportchancen in Ländern außerhalb der Europäischen Union mit Maßnahmen der Agrarexportförderung.
- Unterstützung der deutschen KMU bei der Erschließung neuer Märkte sowie der Festigung bestehender Handelsaktivitäten im außereuropäischen Markt.
- Stabilisierung bestehender und Einbindung neuer Märkte durch Auslandsmessen.

Das haben wir erreicht:

- Runder Tisch „Export und Auslandsmessen“.
- 14. Juni 2018: Veranstaltung des 8. Außenwirtschaftstags der Agrar- und Ernährungswirtschaft.
- Ausweitung der Auslandsmessebeteiligungen, vor allem, um kleinere und mittlere Unternehmen beim Markteintritt zu unterstützen.

Das sind die nächsten Schritte:

- Weitere Nutzung von Exportchancen vor allem in kaufkräftigen Ländern außerhalb der Europäischen Union.
- Weiterentwicklung des „Global Forum for Food and Agriculture“ (GFFA).
- Einsatz für den Schutz der Menschenrechte über die Länge der gesamten Lieferkette hinweg.
- Planung von 10 Millionen Euro für Auslandsmessen für 37 Messen in 2018 in den drei ressortspezifischen Bereichen Landwirtschaft/Landtechnik, Ernährung, einschließlich Wein und Spirituosen, und Gartenbau. Mehr Wirtschaftsprojekte mit Mitteln aus dem Exportförderprogramm unterstützen.
- Ausbau der Unternehmerreisen.

Fairer internationaler Handel / Kakao

Problemstellung/Fakten:

- Zehn Prozent der Weltkakaoernte wird allein in Deutschland verarbeitet.
- Kakao ist eines der wichtigsten Agrarhandels Güter weltweit und die Einkommensgrundlage für 40 bis 50 Millionen Menschen.
- Rund 37,2 Prozent der weltweiten Kakaoproduktion von circa 4,2 Millionen Tonnen werden in Europa verarbeitet.
- Die landwirtschaftliche Produktion erfolgt in West- und Zentralafrika, Mittelamerika und Ostasien.
- Hier tritt auch das Problem der Kinderarbeit auf.

Das sind unsere Ziele:

- Das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft, die Süßwarenindustrie, der Einzelhandel und Nichtregierungsorganisationen haben das gemeinsame Ziel im Forum Nachhaltiger Kakao, die Lebensbedingungen der Kakaobauern und ihrer Familien zu verbessern.
- Ziel: Erhöhung des Anteils nachhaltig erzeugten Kakaos in den in Deutschland verkauften Schokoladenwaren bis zum Jahr 2020 auf 70 Prozent.
- Vor Ort Strukturen schaffen, um die Abhängigkeit von Preisschwankungen zu reduzieren.

Das haben wir erreicht:

- 22. bis 25. April: Ausrichtung der Weltkakaokonferenz in Berlin mit der Zielvereinbarung: Anteil des nachhaltig erzeugten Kakaos in Schokoladenwaren, die in Deutschland verkauft werden, bis zum Jahr 2020 auf 70 Prozent erhöhen.
- Einsatz für noch mehr Nachhaltigkeit und Fairness entlang der gesamten Wertschöpfungskette Kakao.
- Mit dem Pilotprojekt Pro-Planteurs im Partnerland Côte D'Ivoire unterstützt das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft die Kakaobauern, ihre Position in der Wertschöpfungskette zu stärken.

Das sind die nächsten Schritte:

- Weiterentwicklung des Forums Nachhaltiger Kakao.

Ländliche Räume stärken

Problemstellung/Fakten:

- Teile der ländlichen Räume werden bei Infrastruktur, Wertschöpfung und Einrichtungen der Daseinsvorsorge abgehängt.
- Über 70 Gemeinden und Gemeindeverbände haben in den Jahren 2011 bis 2014 jeden zehnten Einwohner verloren. Über 500 Gemeinden jeden zwanzigsten (Quelle: Landatlas, im Auftrag des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft).
- Ehrenamtliches Engagement wird aufgrund dieser Entwicklung schwieriger.

Das sind unsere Ziele:

- Sicherung der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in Stadt und Land.
- Unterstützung der ländlichen Regionen als wirtschaftliche Kraftzentren.
- Erweiterung der Fördermöglichkeiten und Schließen von Förderlücken.
- Gezielte Unterstützung des Ehrenamtes.
- Digitalisierung für ländliche Räume nutzbar machen.

Das haben wir erreicht:

- 6. Juni 2018: Gründung „Aktionsbündnis Leben auf dem Land“ mit dem Deutschen Städte- und Gemeindebund, dem Deutschen Landkreistag, dem Deutschen Industrie- und Handelskammertag und dem Zentralverband des deutschen Handwerks. Ziel: Kompetenzen bündeln, Erfolgsmodelle bekannter machen und den Wissenstransfer verbessern.
- 8. Juni 2018: Kongress „Wir sehen Land: digital“ gemeinsam mit dem Deutschen Landkreistag und dem Fraunhofer IESE mit Start des Förderprogrammes „Land.digital“ (Teil des Bundesprogrammes Ländliche Entwicklung, BULE) zur Förderung von modellhaften, innovativen Ideen.
- Fortsetzung der Förderung durch das Bundesprogramm Ländliche Entwicklung (BULE) im Jahr 2018 laut Haushaltsentwurf der Bundesregierung mit 55 Millionen Euro. Ziel: Modell- und Demonstrationsvorhaben im ländlichen Raum fördern.
- Umsetzung des Sonderrahmenplans Ländliche Entwicklung innerhalb der Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz (GAK).
- Weiterführung eines bundesweiten Monitorings für die ländliche Entwicklung mit dem Landatlas.

Das sind die nächsten Schritte:

- Weiterentwicklung der GAK zu einem Instrument der ländlichen Entwicklung: Erweiterung des bestehenden Förderspektrums durch eine Grundgesetzänderung.
- Einsetzen eines erheblichen Teils der im Koalitionsvertrag vorgesehenen „Landmilliarde“ für Maßnahmen in den ländlichen Räumen.
- Stärken des Ehrenamts: Ehrenamtlich Engagierte sollen durch Hauptamt unter anderem bei rechtlichen Fragen unterstützt werden.
- Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“: Das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft wird hier Ansprechpartner für die ländlichen Räume sein.

Nachhaltige Waldwirtschaft stärken

Problemstellung/Fakten:

- Ein Drittel der Fläche unseres Landes ist bewaldet.
- Der Klimawandel stellt eine Herausforderung dar.
- Die Forstwirtschaft erhält und entwickelt die Wälder durch eine nachhaltige Bewirtschaftung.

Das sind unsere Ziele:

- Den Wald erhalten, nachhaltig nutzen und widerstandsfähiger machen gegen die Folgen des Klimawandels.
- Vorlage einer Waldstrategie 2050 als langfristige Leitlinie für eine nachhaltige Waldpolitik in Deutschland.
- Ausbau des Beitrages von Wald und Holz zum Klimaschutz.
- Erhalt der Biodiversität im Wald und Sicherung des Waldes als Oase der Ruhe und Erholung für die Bevölkerung.
- Konstruktiver Dialog zwischen Waldeigentümern, Forstwirten, Klima- und Naturschützern und Freizeitsportlern.

Das haben wir erreicht:

- Einsatz für eine gesicherte rechtliche Grundlage des Europäischen Forstinstituts (EFI) in Deutschland – Hauptaufgabe des EFI: Aufbereitung des umfangreichen Forschungswissens in Europa im Bereich Wald und Umwelt für die Mitgliedstaaten und die europäischen Entscheidungsträger.
- Entscheidung zur Ansiedelung des „Kompetenz- und Informationszentrums Wald und Holz“ innerhalb der Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe (FNR) in Mecklenburg-Vorpommern, um bestehende Projektträgerschaften zu bündeln.
- Berufung eines Waldbeauftragten.

Das sind die nächsten Schritte:

- 20. Juni 2018: Verbändegespräch zum Wald mit den Schwerpunkten Klimaschutz, Biodiversität, Holzverarbeitung.
- 21. Juni 2018: Vorstellung des Waldbeauftragten im Rahmen eines presseöffentlichen Waldspazierganges.
- September 2018: Deutsche Waldtage mit dem Motto „Wald bewegt“.

Digitalisierungs- und Innovationsoffensive für den ländlichen Raum und in der Landwirtschaft

Problemstellung/Fakten:

- Unzureichende Infrastruktur in den ländlichen Räumen.
- Fehlende digitale Schnittstellen
- Fehlende Standardisierung, zum Beispiel in Bezug auf Datenformate.
- Zunehmende Datenflut und Bürokratie.

Das sind unsere Ziele:

- Ausbau des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft zum digitalen Referenzministerium.
- Vorlegen einer „Gesamtstrategie Digitalisierung“ von der Produktion in Land- und Forstwirtschaft über die ländlichen Räume bis hin zum Verbraucher.
- Durch interdisziplinäre Zusammenarbeit Lösungen entwickeln: Landwirtschaft, Landtechnik und IT-Branche.
- Wirtschaftsbeteiligte und Länder zusammenbringen.
- Nachhaltigkeit verbessern und damit Umweltschutz und Tierwohl voranbringen
- Grüne Berufe attraktiver machen zum Beispiel durch Arbeitsentlastung und Einsatz moderner Technik: Beitrag zur Erhöhung der Lebensqualität im ländlichen Raum.

Das haben wir erreicht:

- 1. Juni 2018: Runder Tisch mit Verbänden zur Digitalisierung entlang der Lebensmittelkette und in der Forstwirtschaft.
- 8. Juni 2018: Kongress „Wir sehen Land: digital“ mit Start des Förderprogrammes „Land.digital“ zusammen mit dem Deutschen Landkreistag und dem Fraunhofer Institut IESE (Institut für Experimentelles Software Engineering):
 - o Auszeichnung von Ideen aus dem Programm Land.Digital.
 - o Freischaltung der Webseite www.land-digital.org, die über die innovativen Vorhaben informiert.
- Erstmals Auflage eines Programmes zur Digitalisierung der Landwirtschaft mit 10 Millionen Euro.
- Umstrukturierung des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft entlang des neuen Arbeitsschwerpunktes Digitalisierung.
- 12 Punkte Programm zur Digitalen Landwirtschaft wird fortgesetzt.
- Intensiver Austausch mit Wirtschaft und Ländern zur Ausgestaltung der geplanten Experimentierfelder in den Ländern (Fokus auf angewandter Landwirtschaft, mit Praxisbetrieben in ihrem wirtschaftlichen Umfeld (Vor- und nachgelagerte Bereiche) und im kommunalen Umfeld).

Das sind die nächsten Schritte:

- Solide Ausstattung des Programms zur Digitalisierung der Landwirtschaft in den kommenden Haushaltsjahren
- Einrichtung von:

- o digitalen landwirtschaftlichen Experimentierfeldern,
- o eines Kompetenzzentrums „Digitale Landwirtschaft“,
- o eines Lenkungskreises „Digitale Landwirtschaft“ zur politischen Bewertung der Probleme und Vorschläge.